



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 05.11.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 11. November 2010, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 09.09.2010
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **10-F-02-0017**

Einrichtung eines Tierfriedhofs in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 31.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Wiesbaden einen Tierfriedhof einzurichten, auf dem Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ihre verstorbenen Haustiere bestatten können.

1. Auf dem Tierfriedhof soll ausschließlich die Bestattung von Haustieren möglich sein.
2. Das Gelände soll mit der vorhandenen Infrastruktur des ÖPNV in Wiesbaden auch für ältere Bürgerinnen und Bürger gut zu erreichen sein.

3. Gleichzeitig soll das Areal von seiner Lage, seiner Größe und seiner Ausstattung und Bepflanzung her einer Ruhestätte für Tiere angemessen beschaffen sein.
4. Dem Vorbild der Tierfriedhöfe anderer Kommunen entsprechend soll die Kostenstruktur sich an der Größe der in Anspruch genommenen Fläche orientieren, bei Erdbestattungen eine Mindestliegezeit vorsehen sowie insgesamt so gehalten sein, dass die jährlich zu entrichtenden Kosten für Tierliebhaberinnen und Tierliebhaber keine allzu große Hürde darstellen.
5. Als Betreiber kommen sowohl die Landeshauptstadt Wiesbaden selbst als auch private Träger in Frage. Der Magistrat wird beauftragt, mit in Betracht kommenden Vereinen und anderen Interessenten zu verhandeln.
6. Der Magistrat möge eine Benutzungsordnung erarbeiten, welche die Formen zulässiger Tierbestattungen regelt (z.B. gemäß dem Vorbild anderer Tierfriedhöfe: Erd- und Feuerbestattungen, anonyme Bestattungen, Särgе und Urnen, zulässiger und unzulässiger Grabschmuck, Abschiedsraum). Darin soll es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht werden, ihres verstorbenen Haustieres individuell zu gedenken. Dagegen wird das Verwenden religiöser Symbole, die den Tierfriedhof gleich einer ausschließlich für menschliche Bestattungen eingerichteten Grabstätte erscheinen lassen, nicht gestattet (z.B. Verbot von Grabkreuzen).
7. Zusätzlich möge der Magistrat die Öffentlichkeit stärker darüber informieren, in welchen Fällen die Bestattung eines verstorbenen Tieres im eigenen Garten zulässig bzw. unzulässig ist.

ANLAGE

5. 10-F-01-0102

Versorgung sicherstellen, Beschäftigung fördern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -

Durch die Kombination von Beschäftigungsprojekten mit Lebensmittelmärkten wird bereits heute in mehreren Kommunen eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in Stadtgebieten ermöglicht, in denen das Nahversorgerangebot knapp ist.

So erfolgt in Frankfurt die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen des sog. „Frankfurter Wegs zum Berufsabschluss“ u.a. in so genannten Smart Lebensmittelmärkten. In Sindelfingen hat die *Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Süd eG* (GDW Süd) das integrative Konzept der CAP Märkte entwickelt: Im Ortskern angesiedelte Lebensmittelmärkte, die bevorzugt Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

- a. an welchem Standort - in Absprache mit dem Einzelhandelsverband und der Industrie- und Handelskammer - ein solcher Nahversorger eingerichtet werden könnte,
- b. wer als geeigneter Träger für ein solches Beschäftigungsprojekt in Frage kommt,
- c. welchen Finanzbedarf die Einrichtung eines solchen Marktes mit sich bringen würde.

6. 10-F-03-0031

Ein neues Gaskraftwerk der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2010 -

Seit Ende September lässt die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG durch eigene und externe Experten prüfen, ob und unter welchen Bedingungen der Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes auf der Ingelheimer Aue sinnvoll ist. Dieses Kraftwerk soll kein Gaskraftwerk in Grundlast sein, sondern in Spitzen- bis maximal Mittellast laufen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Pläne der KMW AG zum Bau eines neuen Gaskraftwerkes. Ein hocheffizientes GuD Kraftwerk stellt als Übergangstechnologie eine sinnvolle Ergänzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien für die Energieversorgung der Region dar.
2. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits in zahlreichen Beschlüssen (wie z.B. am 8.2.2007 (Beschluss 0058/2007) und 13.3.2008 (Beschluss 128/2008) diesen Weg als sinnvolle Alternative für die völlig überdimensionierte und klimaschädliche Planung eines Kohleheizkraftwerks angesehen. Sie erwartet, dass die Planung eines Kohleheizkraftwerks endgültig für beendet erklärt wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt zudem die Bestrebungen der ESWE Versorgungs AG, ihre Geschäftsfelder im Bereich der erneuerbaren Energien verstärkt auszubauen und somit dazu beizutragen, die formulierten Klimaziele der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erreichen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich für das Ziel der Umstellung der Energieversorgung auf 100% regenerative Energien, verbunden mit Energieeinsparung und Energieeffizienz, aus.

7. 10-F-05-0006

Stadtbibliothek am Platz der deutschen Einheit!
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -

Am 15. November 2007 faßte die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden den Beschluß Nr. 0468 - Stadtbibliotheken Wiesbaden: Projekt „Stabi2010“. Die Stadtverordnetenversammlung nahm den Bericht der Projektgruppe zur Kenntnis. Die Kernaussagen dieses Berichts waren:

1. Die aktuellen Räumlichkeiten der Zentralbibliothek im Weinandhaus sind sowohl in Bezug auf den Zustand des Gebäudes (Sanierungsstau) als auch hinsichtlich der verfügbaren Flächen nicht mehr ausreichend.
2. Ein Neubau - von vornherein konzipiert im Hinblick auf die spezifischen Nutzungsanforderungen einer öffentlichen Bibliothek - bietet ganz andere Chancen für die zentrale Stadtbücherei Wiesbaden. Dem Bibliothekspublikum könnte somit ein modernes Haus mit allen Vorzügen einer geräumigen, hellen und funktionalen Bibliothek geboten werden, nicht zuletzt mit moderner Heiz- und Lüftungstechnik.

3. Der Platz der deutschen Einheit bietet sich als Standort an. Die verkehrstechnische Anbindung ist optimal. Ein öffentliches Gebäude mit regem Besucherverkehr erfüllt alle Bedingungen, die aus stadtentwicklungspolitischer Hinsicht mit der Bebauung des Platzes der deutschen Einheit verbunden werden. Als Standort für ein in der Wahrnehmung der Bürgerschaft zentrales öffentliches Gebäude würde dem Platz eine entscheidende Rolle zugewiesen, die er über Jahrzehnte nicht ausfüllen konnte: Brückenfunktion zwischen Innenstadt und Westend sowie Identifikationsmerkmal der urbanen Gesellschaft. Der Platz und die umliegenden Quartiere wären Nutznießer einer kommunalen Einrichtung, die über den Tag verteilt, sechs Tage die Woche, einen regelmäßigen Besucherstrom anzieht. Selbst bei gleichbleibender Frequentierung der Bibliothek, also ohne Einrechnung der Steigerungsraten durch verbesserte Raumbedingungen, würde dies den Besuch von 1.400 Menschen pro Tag bedeuten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine zentrale Stadtbibliothek am Standort „Platz der deutschen Einheit“ aus.
- b) Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen und die Stadtbibliothek in dem „neu“ entstehenden Gebäudekomplex am Platz der deutschen Einheit zu realisieren.

8. 10-F-04-0007

Deutsche Schulen für deutsche Schüler
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 13.10.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ein Konzept für die Schaffung von Klassen bzw. Schulen für Schüler, die Deutsch als Muttersprache sprechen, für die Bereiche zu erarbeiten, in denen der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund größer als 40 % ist.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der nächsten Sitzung über den Sachstand des Projektes zu berichten.

9. 10-F-06-0052

Kein Mega-Möbelmarkt am Petersweg - Verkehrsprobleme lösen!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 31.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.1. Die geplante Ansiedlung eines großen Möbelmarktes wird nicht weiter verfolgt.

1.2. Der Magistrat wird aufgefordert, jegliche Aktivitäten zur Ausweisung eines Sondergebietes "SO Handel - Gebiete für Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe" im Gewerbegebiet Petersweg Ost einzustellen.

Insbesondere wird der eingeleitete Bebauungsplan nicht weitergeführt.

1.3. Der Magistrat wird gebeten, den geplanten Workshop dieser Zielsetzung gemäß durchzuführen und alternative Planungsziele aufzuzeigen sowie alle derzeit laufenden Verhandlungen mit potenziellen Investoren unter den oben genannten Rahmenbedingungen zu führen.

2. Der Magistrat wird aufgefordert, zur Lösung der vorhandenen Verkehrsprobleme in der Landeshauptstadt Wiesbaden in Zusammenhang mit der Nutzung von Gewerbegebieten eine Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes vorzuziehen und insbesondere folgende gebietsspezifische Verkehrsentwicklungspläne, verbunden mit Zeit- und Maßnahmenplänen, vorzulegen:

- Kastel (Boelckestraße/ Petersweg Ost/West)
- Biebrich/ Schierstein (Äppelallee/ Hagenauer Straße)
- Erbenheim (Kreuzberger Ring)
- Nordenstadt (Borsigstraße).

Gemeinsame Berichterstattung zu den Punkten 10 und 11. durch Stadtv. Tollebeek:

10. 10-F-01-0057

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

11. 10-F-25-0075

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Klärung des Genehmigungsverfahrens JN-Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden am 08.05.2010

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.06.2010 -

12. 10-F-01-0058

Information über überregionale Projekte

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Überregionale Projekte, z.B. im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, betreffen eine Kommune und ihre Bevölkerung in nicht unerheblichem Maße. In der Vergangenheit wurden solche Projekte (z.B. Neubau der Schiersteiner Brücke mit Lärmschutzmaßnahmen) von der LH Wiesbaden z.T. oft nur Amts- bzw. Dezernatsintern bearbeitet, ohne dass die demokratisch gewählten Gremien beteiligt wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die städtischen Gremien (Ortsbeiräte, Stadtverordnetenversammlung) frühzeitig über die LH Wiesbaden betreffende Projekte von überregionaler Bedeutung in Kenntnis zu setzen, um diesen vor Ablauf der Fristen für Stellungnahmen oder Einwendungen eine Beratung zu ermöglichen.

13. 10-F-02-0016

Inklusive Bildung in Wiesbaden

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.08.2010 -

Inklusion ist eine Grundhaltung - für das Bildungssystem ebenso wie für das gesellschaftliche Miteinander. Die Einführung inklusiver Bildung vollzieht sich in vielen Teilschritten, die von einer intensiven Aufklärung und Diskussion in den Wiesbadener Schulen begleitet werden müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des Magistrates, die inklusive Bildung an den Wiesbadener Schulen Schritt für Schritt umzusetzen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - dass nach Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2011 berichten muss, welche Schritte unternommen wurden, um Schülerinnen und Schüler inklusiv zu beschulen im Sinne von ‚Bildung unter einem Dach‘.
 - dass die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für inklusive Pädagogik im Hessischen Schulgesetz analog zu anderen Bundesländern noch nicht realisiert sind und deshalb als erster Schritt eine Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts im Sinne des Inklusiven Gedankens, d. h. keine Aussonderung durch Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs, umgesetzt werden kann.
 - dass es in der Landeshauptstadt Wiesbaden ein gut ausgebautes dezentrales System gibt, um sonderpädagogische Förderbedarfe zu gewährleisten, das als Grundlage der Inklusiven Bildung dienen kann.
3. Der Magistrat wird beauftragt beim Hessischen Kultusministerium ab dem Schuljahr 2011/2012 das Modellvorhaben „Umsetzung des freien Elternwahlrechts“ in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beantragen und die notwendigen organisatorischen und personalwirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass in Ergänzung zu den vom Land Hessen in Aussicht gestellten Lehrerstellen baldmöglichst drei Sozialarbeitstellen zur Einführung inklusiver Unterrichtsmodelle an den Wiesbadener Schulen zur Verfügung gestellt werden.
4. Den Städtischen Gremien wird dazu eine Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorgelegt.

ANLAGE

14. 10-F-03-0013

Rücklagen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet noch in diesem Jahr von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG eine Sonderausschüttung aus Rücklagen in Höhe von 100 Mio. € an die

Anteilseigner. Diese Mittel werden beschlussgemäß zur Verringerung des Haushaltsdefizits der Landeshauptstadt Wiesbaden genutzt.

2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet, dass Vorstand, Aufsichtsrat und die Gesellschafter der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG diese Sonderausschüttung per Beschlüsse herbeiführen.
3. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet, dass die ESWE Versorgung AG dafür einen entsprechenden Beschluss fasst.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet darüber hinaus, dass die KMW AG ihren Antrag auf Genehmigung eines KHKW bei der SGD zurückzieht und bis Ende des Jahres ein Konzept zur Sicherstellung der Energieversorgung in Wiesbaden der Öffentlichkeit vorlegt.

ANLAGE

15. 10-F-03-0014

Wiesbaden wird Fairtrade-Stadt

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 -

Ein Beschaffungswesen auf kommunaler Ebene, das sich an sozialen und ökologischen Standards orientiert, kann zu verantwortungsvollerem Produktions- und - durch die Vorbildfunktion - Konsumverhalten beitragen.

Wiesbaden hat bereits diesbezüglich Beschlüsse gefasst, z.B. gegen die Verwendung von Produkten aus Kinderarbeit (Beschluss Nr. 0475 der Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005) oder zum Ausschank von fair gehandeltem Kaffee (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.05.1995 und Beschluss Nr. 0004 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Völkerverständigung am 25.01.2005). Die Unterstützung der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ wäre ein weiterer Schritt um eine sozial und ökologisch orientierte Produktion und Handelswege zu unterstützen.

Um den Titel „Fairtrade-Town“ zu tragen, müssen fünf Kriterien erfüllt sein:

1. Es muss ein Beschluss der Kommune zur Verwendung von Fairtrade-Kaffee vorliegen sowie die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung den Titel „Fairtrade-Stadt“ anzustreben.
 2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die lokale Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ koordiniert.
 3. In lokalen Einzelhandelsgeschäften sowie Cafés und Restaurants werden Fairtrade-Produkte angeboten/ausgeschenkt. (In Wiesbaden brauchen wir 38 Geschäfte und 19 Gastronomiebetriebe die mitmachen).
 4. In öffentlichen Einrichtungen werden Fairtrade-Produkte verwendet und Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.
 5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“.
- Weltweit gibt es über 750 Fairtrade-Towns, darunter London, Brüssel, Rom, San Francisco und Kopenhagen; in Deutschland beispielsweise Dortmund und Saarbrücken. Die Kampagne bezieht sich auf alle Bereiche: Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten, die öffentliche Hand als Auftraggeber und den Handel. Die Bedeutung des fairen Handels wird sichtbar gemacht und verantwortungsvolles Produktions- und Konsumverhalten gefördert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Wiesbaden strebt den Titel „Fairtrade-Stadt“ an.
2. Der Magistrat wird gebeten, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Stadt die Kriterien zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ erfüllt.

ANLAGE

16. 10-F-03-0034

Verlängerung der Atomlaufzeiten: Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von ESWE Versorgung

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.09.2010 -

Der Schaden für kommunale Energieversorger durch eine zwölfjährige Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wird auf 4,5 Milliarden Euro geschätzt, so Albert Filbert als Vertreter der Stadtwerkevereinigung 8KU.

Durch die Laufzeitverlängerung würde ausschließlich die Wettbewerbsposition der großen Energieversorger verbessert. Um diesen Marktvorteil auszugleichen, verlangt die Stadtwerkevereinigung 8KU eine Ausgleichszahlung der Bundesregierung für die mittelständischen Energieversorger, zu denen die Stadtwerke zählen.

Die kommunalen Versorger fürchten, dass Investitionen in erneuerbare Energien nicht mehr rentabel sein könnten, da die längeren Laufzeiten der abgeschriebenen Atomkraftwerke für Überkapazitäten sorgen.

Investitionspläne für erneuerbare Energieerzeugung und GUD-Kraftwerke würden wegen Unrentabilität in den Schubladen bleiben müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Forderung der Stadtwerkevereinigung an, die Marktvorteile der großen Energieversorger durch Ausgleichszahlungen an die Stadtwerke zu kompensieren.

Der Magistrat möge berichten,

1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen werden durch die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke auf ESWE Versorgung erwartet?
2. Welche Auswirkungen werden durch die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke auf die kürzlich vorgestellten Investitionspläne für den Ausbau der erneuerbaren Energien erwartet?

17. 10-F-04-0006

Wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor Alkoholmissbrauch

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 21.10.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 9 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. November 2010

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Ergreifung wirkungsvoller Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor Alkoholmissbrauch zu erarbeiten.

Wesentlicher Bestandteil dieses Konzeptes soll die Durchführung von Kontrollen an Orten sein, die bekannt sind für Alkoholmissbrauch durch Jugendliche .

18. 10-F-06-0060

Weihnachtsbeihilfe für Leistungsberechtigte nach SGB II bzw. SGB XII
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 02.11.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat trifft Vorkehrungen um allen Personen, die Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII erhalten, eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren.

Die Weihnachtsbeihilfe soll für jede berechtigte Person 50,- Euro betragen. Eine Unterscheidung zwischen Erwachsenen und Kindern soll nicht vorgenommen werden.

19. 10-F-01-0101

"Vier gewinnen - Millionen verlieren"
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -

Am 28. Oktober 2010 hat der Bundestag in einem Verfahren, das den „*Verdacht mangelnder Sorgfalt*“ in sich getragen hat (Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, CDU), die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke beschlossen. Damit dürfen die deutschen Atomkraftwerke unabhängig von ihrem Zustand im Schnitt weitere 12 Jahre in Betrieb bleiben. Der im Jahre 2002 beschlossene so genannte Atomkonsens wurde aufgekündigt.

In einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg aus dem Jahre 2009 würden die Stromversorger mit Atomkraftwerken bei einer Laufzeitverlängerung von acht bis zehn Jahren mehr als 100 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen, falls die Strompreise auf aktuellem Niveau verharren. Das bedeutet, dass von dieser Regelung vier Stromkonzerne profitieren (EON, EnBW, Vattenfall, RWE), während Kommunen und Stadtwerke geschwächt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden kritisiert die Verlängerung der Atomlaufzeiten durch Bundesregierung und Bundestag, vor allem weil dadurch der Wettbewerb zu Lasten der Stadtwerke Wiesbaden (und anderer kommunaler Energieversorger) eingeschränkt wird (ESWE Versorgung spricht von einer „Riesen-Wettbewerbsverzerrung“). Dies führt zu massiven Investitionsmöglichkeiten der vier großen Energieversorger in erneuerbare Energien - dem Geschäftsfeld der Zukunft - und benachteiligt damit direkt die Stadtwerke wie auch durch die Abschöpfung riesiger Gewinne durch abgeschriebene Atomkraftwerke.

Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass die Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Stadtwerke auch die ESWE Versorgung in nicht geringem Maße treffen wird und bittet den Magistrat zu berichten, welche Maßnahmen die Gesellschaft derzeit in diesem Zusammenhang erwägt.

20. 10-F-03-0035

Grundstücksverwertungen im Bereich des Schuldezernats
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2010 -

Mit Beschluss-Nr. 609 hat die Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2009 beschlossen, dass im Rahmen der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen 2010/2011 im Bereich des Schuldezernats zur teilweisen Refinanzierung Grundstücksverwertungen herangezogen (SV 09-V-40-0045) werden. Hiervon sind aktuell acht Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden betroffen, bei vier weiteren Schulen ist die Prüfung zunächst zurückgestellt worden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Beschlusses sind die örtlichen Akteure (Schulgemeinde, Fördervereine, Ortsbeiräte) und deren Belange rechtzeitig anzuhören und angemessen zu berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei der Prüfung der Verwertungsmöglichkeiten rechtzeitig die Schulleitungen, die Elternvertretungen, die Fördervereine und die Ortsbeiräte mit einzubeziehen, um ein möglichst breiten Konsens herzustellen.
2. Der Magistrat wird gebeten, dass bei den Prüfungen neben ökonomischen und planungsrechtlichen Aspekten insbesondere auch pädagogische Kriterien (z.B. vorhandene Konzeptionen zur Ganztagsbetreuung) heranzuziehen sind.
3. Der Magistrat wird ferner darum gebeten, die zur Verwertung anstehenden Schulgrundstücke auch dahingehend zu prüfen, ob vorhandene Flächengestaltungen bzw. beabsichtigte Planungen tangiert werden. Falls Flächen hiervon betroffen sind, ist zu gewährleisten, dass eine Weiternutzung möglich ist oder ein adäquater Ersatz geschaffen wird.

21. 10-F-03-0033

Energetische und ökologische Sanierung des R + V Hochhauses
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.09.2010 -

Die Frankfurter IFM Immobilien AG will das R+V Hochhaus sanieren und die Fassade des Versicherungsgebäudes neu gestalten. Im Hinblick darauf, dass rund ein Drittel des Primärenergieverbrauchs in Deutschland auf die Nutzung von Gebäuden entfällt, wäre eine Sanierung des Hochhauses unter Berücksichtigung ökologischer und energetischer Gesichtspunkte („Green Building“) wünschenswert. Durch die energetische Sanierung kann bis zu 50 Prozent des Energieverbrauchs eingespart werden.

Beispiele für erfolgreiche energetische Hochhaussanierung finden sich u.a. in Frankfurt. Dort sind im November letzten Jahres mehrere Gebäude mit dem Green Building Award ausgezeichnet worden, u.a. das sanierte KfW-Hauptgebäude. In Freiburg entsteht derzeit das erste Passivhochhaus in Deutschland durch Sanierung eines 60-er Jahre Wohngebäudes.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Investor auf die Vorteile einer Sanierung unter Berücksichtigung der „Green Building“ – Philosophie hinzuweisen und dabei insbesondere folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:
 - o Wärmedämmung im Passivhausstandard

- Nutzung von regenerativen Energien, z. B. Fotovoltaik- und/ oder Fotothermieanlagen, Wärmepumpe
 - Fassaden- und Dachbegrünung
 - Nutzung regionaler und umweltverträglicher Baustoffe
2. zu prüfen, wie der Investor bei der Realisierung dieser Maßnahmen fachlich und finanziell (z. B. durch den Innovations- und Klimaschutzfonds der ESWE Versorgungs AG) unterstützt werden kann.

22. 10-F-03-0032

Projekt "Platz der deutschen Einheit" und Standortfrage Stadtbibliothek"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2010 -

Vorbemerkung:

Mit der Sitzungsvorlage 10-V-01-0017 soll eine abschließende Vergabeentscheidung zur Projektrealisierung „Platz der deutschen Einheit“ getroffen werden. Neben der Errichtung einer bundesligatauglichen Sporthalle soll auch ein gewerblicher Gebäudekomplex entstehen. Am 09. September 2010 hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss-Nr. 453 den Magistrat beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, die Stadtbibliothek in einem Teil der geplanten Gewerbefläche unterzubringen. Die Stadtbibliothek wird außerordentlich gut frequentiert. Der Platz der deutschen Einheit wäre ein idealer und zentrumsnaher Standort. Der neue Standort der Stadtbibliothek würde nachhaltig zu einer Belebung und kulturellen Weiterentwicklung des Quartiers beitragen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die planerischen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Stadtbibliothek mit einem Raumprogramm von ca. 3.500 qm im Bereich der geplanten gewerblichen Flächen am Platz der deutschen Einheit unterzubringen.
2. Die Stadtbibliothek soll nach Fertigstellung in den gewerblichen Gebäudekomplex am Platz der deutschen Einheit umziehen.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen

Tagesordnung II

1. 08-V-80-2339 DL 34/10-1, 25/10-1
Entwicklung Ortsteilzentrum Hessenring; Ergebnisse der Mehrfachbeauftragung
2. 09-V-80-2341 DL 23/10-1
Entwicklung Ortsteilzentrum Hessenring; Ergänzender Bericht zur SV 08-V-80-2339

3. 10-F-25-0073 DL 33/10-2

Rentenbeitragszahlungen für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.06.2010 -

ANLAGE

4. 10-F-07-0026

Soziale Probleme am Schlachthof
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.08.2010 -

ANLAGE

5. 10-V-01-0009 DL 24/10-2

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2009 und Budget 2010/2011

6. 10-V-01-0016 DL 34/10-2

Jahresbericht des Seniorenbeirats 2009

7. 10-V-04-0010 DL 34/10-3

Machbarkeitsstudie Airport-Shuttle Wiesbaden - Rhein-Main-Flughafen - Darmstadt

8. 10-V-07-0010 DL 34/10-4

Refinanzierung Maßnahme Abtrennung Dambach von Mischwasserkanalisation

9. 10-V-08-0006 DL 36/10-1, 34/10-5

Bau eines Schulkinderhauses an der Grundschule Nordenstadt

10. 10-V-08-0007 DL 31/10-1

Erweiterung des Beruflichen Gymnasiums um die Fachrichtung "Gestaltung- und Medientechnik" und Erweiterung der Zweijährigen Höheren Berufsfachschule um die Fachrichtung "Biologietechnik"

- | | | |
|------------|---|----------------------------|
| 11. | 10-V-08-0008 | DL 33/10-3 |
| | Mehrkosten für den Neubau der Ernst-Göbel-Schule | |
| 12. | 10-V-10-0016 | DL 34/10-6 |
| | Freigabe von Mitteln des Hauptamtes für das Haushaltsjahr 2011 | |
| 13. | 10-V-20-0037 | DL 31/10-3 |
| | Mindeststandards zur Vergabe in den Gesellschaften und Eigenbetrieben des Stadtkonzerns Wiesbaden | |
| 14. | 10-V-20-0038 | DL 31/10-4 |
| | Investitionscontrolling 2. Quartal 2010 | |
| 15. | 10-V-20-0053 | DL 37/10-1, 36/10-2 |
| | Haushaltssicherungskonzept 2011 | |
| 16. | 10-V-31-0001 | DL 32/10-2 |
| | Neuregelung des Taxiwesens in Wiesbaden - Teil II | |
| 17. | 10-V-33-0006 | DL 34/10-8 |
| | Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben 2011 | |
| 18. | 10-V-36-0017 | DL 34/10-9 |
| | Mehrkosten für Lärmschutzwand an der L 3028 in Wiesbaden-Delkenheim | |
| 19. | 10-V-36-0018 | DL 34/10-10 |
| | Mehrkosten für die Lärmschutzwand an der Ludwig-Erhard-Straße in Wiesbaden-Dotzheim | |

20. **10-V-37-0002** **DL 31/10-5**
Personelle Ausstattung des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr
21. **10-V-40-0028** **DL 32/10-3**
Einführung des Energiesparmodells EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)
22. **10-V-40-0029** **DL 34/10-11**
IM-Jahresabschluss Schulamt 2009
23. **10-V-40-0036** **DL 31/10-6**
Gemeinschaftsinitiative Schule@Zukunft ; Bilaterale Vereinbarung 2010-2011
24. **10-V-40-0040** **DL 36/10-3**
Comeniuschule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch ein " Internes PPP "
ANLAGE
25. **10-V-41-0019** **DL 29/10-6**
Abschließende Sanierungsarbeiten in der Wartburg in 2010
26. **10-V-41-0021** **DL 34/10-12**
Vorabfreigabe 2011 Bereich Kultur I. Quartal 2011
27. **10-V-41-0022** **DL 36/10-4, 34/10-13**
Förderverein Museum für Fernsehgeschichte
28. **10-V-41-0024** **DL 34/10-14**
Vorläufiger Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2010

- 29. 10-V-51-0039** **DL 31/10-8**
Dynamisierung des Zuschussvertrages Männer- und Jungenberatungsstelle " Bizeps "
- 30. 10-V-51-0044** **DL 34/10-15**
Verlagerung der Schulsozialarbeit einschließlich Kompetenz-Entwicklungs-Programm von der Adalbert-Stifter-Schule an die Erich-Kästner-Schule
- 31. 10-V-51-0051** **DL 37/10-2**
Ordnungsmaßnahmen Quartierzentrum BauHof
- 32. 10-V-51-0055** **DL 34/10-16**
Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2009/10
ANLAGE
- 33. 10-V-51-0057** **DL 33/10-4**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2009
- 34. 10-V-52-0013** **DL 31/10-9**
Sanierung der Sporthalle Klarenthal - Grundsatzvorlage
- 35. 10-V-52-0016** **DL 36/10-6, 35/10-2**
Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Niederfeld (Dotzheim)
- 36. 10-V-61-0038** **DL 34/10-22**
Teilweiser Rückbau der Gleisanlagen der US AB Wiesbaden-Erbenheim
- 37. 10-V-61-0039** **DL 33/10-5**
Raumordnungsverfahren für ein Möbel- und Einrichtungshaus sowie für Fachmärkte im Wirtschaftspark Mainz-Süd - Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

- 38. 10-V-63-0008** **DL 37/10-3, 36/10-7**
Bauvoranfrage: Umbau und Nutzungsänderung zu einem ambulanten Fachärzteezentrum,
Wiesbaden, Philippsring 16
- 39. 10-V-63-0010** **DL 31/10-11**
Wiesbaden, Unter den Eichen 1, Neubau einer Kindertagesstätte
- 40. 10-V-63-0013**
Kostheim, Hauptstraße 12, Neubau eines Sportzentrums für den Turnverein Kostheim e. V.
Bauvoranfrage
- 41. 10-V-63-0014** **DL 37/10-4**
Neubau einer Geschäftsstelle für den Fachverband Elektro- und Informationstechnik,
Baugrundstück: Wiesbaden-Delkenheim, Berta-Cramer-Ring 32a
- 42. 10-V-66-0203** **DL 32/10-4**
Dorfplatz Breckenheim, Umgestaltung, 3. Bauabschnitt
- 43. 10-V-66-0205** **DL 32/10-5**
Bahnhofstraße, Bushaltestelle Hauptbahnhof Bussteig B
- 44. 10-V-66-0214** **DL 31/10-12**
Veilchenweg - Fußgängersicherung
- 45. 10-V-66-0224** **DL 34/10-23**
Rosmarinweg - Einrichtung verkehrsberuhigter Bereich
- 46. 10-V-66-0225** **DL 33/10-6**
Wandersmannstraße - Einrichtung Tempo-30-Zone

47. **10-V-66-0226** **DL 31/10-13**
Nauroder Straße - Einrichtung Tempo-30-Zone
48. **10-V-66-0227** **DL 31/10-14**
Umgestaltung "Am Rheineck" / Aunelstraße / Dörrgasse, Wiesbaden-Dotzheim
49. **10-V-66-0229** **DL 31/10-15**
Stationsentwicklungsplan Ländchesbahn - Freigabe von Planungskosten
50. **10-V-66-0234** **DL 33/10-7**
Öffentliche Straßenbeleuchtung -
Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden
51. **10-V-66-0237** **DL 32/10-6**
Öffentliche Straßenbeleuchtung; Austausch von Leuchten gegen energiesparende
Natriumdampf-Hochdruckleuchten
52. **10-V-66-0311** **DL 37/10-5, 36/10-8**
Fahrbahnsanierungsprogramm
53. **10-V-67-0009** **DL 33/10-8, 25/10-11**
Neugestaltung Kinderspielplatz Schulberg
54. **10-V-67-0010** **DL 31/10-17**
Teilentwidmung des Friedhofes Frauenstein
55. **10-V-67-0019** **DL 34/10-24**
Ersatzbeschaffung eines Forstspezialschleppers

56. 10-V-80-0002 DL 34/10-25
Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften
57. 10-V-80-2327 DL 37/10-6, 36/10-9
Parkhaus Coulinstraße - Auslobungsunterlagen
58. 10-V-80-8015 DL 31/10-18
QuIT - Qualifizierungsbeauftragte/r im Rahmen der Qualifizierungsoffensive Hessen; 2. Förderperiode
59. 10-V-80-8020 DL 32/10-7
Beschäftigungsmaßnahme zur Aktivierung brachliegender privater Gewerbegrundstücke
60. 10-V-80-8022 DL 34/10-26
Kreativwirtschaftsbericht Wiesbaden - Ergebnisse Branchenhearing
61. 10-V-86-0003 DL 31/10-19
Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes mattiaqua

Tagesordnung III

1. 10-F-01-0085
Biomassekraftwerk auf dem Deponiegelände
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2010 -

ANLAGE

Zu Punkt 2 findet voraussichtlich vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Sitzung des Magistrats statt.

2. 10-V-21-0003 DL 34/10-7
Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden (Spielapparatesteuersatzung)

ANLAGE

3. **10-V-30-0017** **DL 32/10-1**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Kloppenheim/Heßloch)

4. **10-V-61-0020** **DL 31/10-10**

Bebauungsplan-Entwurf "Südlich Bierstadt" im Ortsbezirk Bierstadt - Satzungsbeschluss -

5. **10-V-61-0026** **DL 34/10-18**

Bebauungsplan "Nördlich der Rudolfstraße" im Ortsbezirk Dotzheim in Verbindung mit § 13a BauGB;
Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur öffentlichen Auslegung

ANLAGE

6. **10-V-61-0030** **DL 34/10-19**

Vorhaben- und Erschließungsplan " Revitalisierung des Stadtviertels - Südlich der Gerichtsstraße " im Ortsbezirk Mitte nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauBG - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss -

7. **10-V-61-0031** **DL 34/10-20**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Auf der Alsbach" im Ortsbezirk Naurod - Feststellungsbeschluss -

8. **10-V-61-0032** **DL 34/10-21**

Bebauungsplan "Auf der Alsbach" im Ortsbezirk Naurod Satzungsbeschluss

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung der Fachausschüsse statt:

9. **10-V-41-0015** **DL 31/10-7, 29/10-5 , 27/10-4**

Sanierungsmaßnahmen an der ehemaligen Schlachthofhalle / Kulturzentrum kuk e.V.

Tagesordnung IV

1. **09-V-51-0050** DL 33/10-1, 19/10-1 NÖ
Nachfinanzierung Einstellplätzen
2. **09-V-51-0083** DL 13/10-1 NÖ
Wohnraumförderung / Städtebauförderung
3. **10-V-01-0017** DL 37/10-1 NÖ, 36/10-1 NÖ
Projekt "Platz der deutschen Einheit"
ANLAGE
4. **10-V-07-0006** DL 31/10-1 NÖ
Maßnahme im Projekt Forderungsmanagement
5. **10-V-20-0035** DL 34/10-1 NÖ
Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH;
6. **10-V-20-0048** DL 31/10-2 NÖ
Berichterstattung städt. Beteiligungsunternehmen
7. **10-V-36-0019** DL 31/10-3 NÖ
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirates
8. **10-V-36-0026** DL 34/10-2 NÖ
Erhöhung städt. Darlehens
9. **10-V-80-2318** DL 34/10-3 NÖ
Verkauf von Grundstücken
10. **10-V-80-2321** DL 33/10-1 NÖ
Verkauf ehemaliger Bauhof

11. 10-V-80-2326

DL 37/10-3 NÖ, 36/10-3 NÖ

Verlängerung kaufvertraglicher Auflagen

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt:

12. 10-V-20-0012

DL 32/10-1 NÖ

Änderung Gesellschaftsvertrag

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher